Internationaler Versöhnungsbund

seit 1914 gewaltfrei aktiv gegen Unrecht und Krieg

Versöhnung

Rundbrief 2/2020

Schweigekreis für eine atomwaffenfreie Welt

Außerdem:

- Atomkrieg aus Versehen
- Food for Future
- Einladung zur Mitgliederversammlung

Einzelheft 2€

Inhaltsverzeichnis

Editorial ... 3
Was läuft bei IFOR? ... 3
Der Aufruf des UNO-Generalsekretärs zu einem weltweiten Waffenstillstand ... 4
Atomkrieg aus Versehen ... 6
In ‚Sicherheit für alle' investieren – statt in ‚nukleare Teilhabe' ... 8
Erklärung des deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes zum 75. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges am 8. Mai 2020 ... 8
Wenn der deutsche Schwanz mit dem atomaren Hund wedeln will ... 9
Ausgaben für Militär 2019 ... 9
Food for Future ... 10
„…damit Menschen ohne Angst verschieden sein können" ... 11
Geburtstagswünsche ... 13
Brief des Internationalen Versöhnungsbundes an den UN-Generalsekretär ... 14
Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen (GAAA) ... 15
Wut ist ein Geschenk ... 17
Einladung zur Mitgliederversammlung ... 18
Stellenausschreibung der Leitung der Geschäftsstelle ... 18
Sonder-Spendenaufruf zu Kongo-Projekt ... 19
Auguste Christine Louise Kirchhoff ... 19
Ullrich Hahn: Vom Lassen der Gewalt ... 21
Termine ... 22

Zum Titelbild:
Am 9. Juni fand fand in Köln ein Schweigekreis für den Abzug der Atomwaffen der Vereinigten Staaten von Amerika aus Deutschland und eine atomwaffenfreie Welt statt. Die Regionalgruppen des Internationalen Versöhnungsbundes Köln und Bonn-Rhein-Sieg trafen sich mit Freunden von pax Christi. Dieser Schweigekreis findet am 9. eines Monats statt in Erinnerung an den Atombombenabwurf auf Nagasaki am 9. August 1945. Nagasaki soll die letzte Stadt sein, die durch eine Atombombe zerstört wurde.
Vielleicht kann auch an anderen Orten an einem 9. eines Monats solch eine Mahnwache stattfinden.
Matthias-W. Engelke

Impressum

Versöhnung. Rundbrief 2/2020
Herausgeber: Versöhnungsbund e.V.
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
T 0571-850875
F 0571-8292387
E vb@versoehnungsbund.de
I www.versoehnungsbund.de

Verantwortlich für diese Ausgabe:
Rudolf Mehl, Maxi Matzanke, Berthold Keunecke, Clemens Holz, Dagmar Schulte, Dietlinde Haug
Für den Inhalt der Artikel sind ausschließlich die jeweiligen Autor*innen verantwortlich.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
08.08.2020

Referat für Friedensfragen:
Clemens Ronnefeldt
c.ronnefeldt@t-online.de
A.-v.-Humboldt-Weg 8a, 85354 Freising
T 08161-547015
F 08161-54716

Spendenkonto:
Versöhnungsbund e.V.
GLS Bank
IBAN: DE40 4306 0967 0033 6655 00
BIC: GENODEM1GLS

Druck und Versand:
Knotenpunkt Offsetdruck GmbH,
Buch/ Hunsrück

Das Heft ist gedruckt auf Recyclingpapier, zertifiziert mit dem Umweltzeichen Blauer Engel.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der erste Rundbrief nach der Jahrestagung – das war in den vergangenen Jahren immer der rote Faden in diesem zweiten Rundbrief des Jahres. Vieles ist in diesem Jahr anders.

Beeindruckend finde ich, dass diese Krise so vieles angestoßen hat. Nachdenken, sich auseinandersetzen mit Themen und Fragen, die uns bisher gar nicht (oder nur wenigen „Spinnern) in den Sinn gekommen sind. Natürlich war da auch einiges dabei, das ich für wenig hilfreich gehalten habe – aber die Freiheit auch dazu brauchen wir. Das Thema „Falschinformationen zur COVID-19-Pandemie“ wurde sogar in Wikipedia aufgenommen,

https://de.wikipedia.org/wiki/Falschinformationen_zur_COVID-19-Pandemie

Zurück zu Rundbrief und Jahrestagung: Auch ohne die vielen Beiträge, die bisher aus den Jahrestagungen entstanden sind, hatten wir Mühe, alles in den üblichen 24 Seiten unterzubringen. Für mich ein schönes Zeichen, dass uns im Versöhnungsbund diese Krise nicht gelähmt hat. Im Gegenteil: Sie war Ansporn, mit viel Kreativität trotz aller Beschränkungen an unseren Themen dran zu bleiben – z.B. am Thema „Atomwaffen“.

Auch der nächste Rundbrief war bisher mit weiteren Berichten aus der Jahrestagung gut gefüllt. Ich bin schon neugierig, welche Beiträge diesmal von Euch kommen werden. Beachtet bitte den Redaktionschluss schon am 8. August!

Trotz aller Krisen wünsche ich einen schönen Sommer

Rudolf Mehl

Was läuft bei IFOR?

Die International Fellowship of Reconciliation (IFOR) ist ein Zusammenschluss von Gruppen und Organisationen weltweit, die sich für Frieden und Gerechtigkeit auf Basis spiritueller Überzeugung einsetzten. Gebündelt und gestärkt wird dieser Einsatz durch die IFOR UN-RepräsentantInnen in New York, Genf, Wien und Paris. Wir vom Internationalen Versöhnungsbundes sind der deutsche Zweig dieser Gemeinschaft. Seit 2019 veröffentlicht IFOR in regelmäßigen Abständen einen Internationalen Newsletter. Dieser hat zum Ziel, die Aktivitäten der Zweige, Partner und Gruppen von IFOR sichtbar zu machen und so gemeinsamen Austausch anzuregen. Außerdem informieren in diesem Format auch die UN-RepräsentantInnen über ihre Arbeit.

Für den Internationalen Newsletter und weitere Nachrichten und Meldungen von IFOR Mitgliedern kannst du dich unter folgendem Link anmelden: *https://ml-cgn04.ispgateway.de/mailman/listinfo/internationales_versoehnungsbund.de*

Der Newsletter ist auf Englisch. Über einen Link ganz am Anfang des Newsletters kanns, du ihn im Browser öffnen. Dort bietet sich dir die Möglichkeit, ihn automatisch ins deutsche übersetzen zu lassen.

Mehr Informationen über IFOR sowie ältere Newsletter findest du auf der Website der Fellowship:

http://www.ifor.org/#mission

Der Aufruf des UNO-Generalsekretärs zu einem weltweiten Waffenstillstand

Clemens Ronnefeldt

Ende März 2020 wandte sich der UNO-Generalsekretär António Guterres an die weltweite Öffentlichkeit mit einem flammenden Appell:

„Der Zorn des Virus offenbart die Torheit des Krieges. Deshalb rufe ich heute zu einem sofortigen globalen Waffenstillstand auf, in allen Teilen der Welt. Es ist Zeit, bewaffnete Konflikte einzusperren und sich gemeinsam auf den wahren Kampf unseres Lebens zu konzentrieren.

Unsere Welt hat einen gemeinsamen Feind, Covid-19. Dem Virus sind Nationalität, ethnische Zugehörigkeit, Fraktion oder Glaube egal. Es greift alle an, unerbittlich. Gleichzeitig toben bewaffnete Konflikte auf der ganzen Welt. Die am stärksten gefährdeten Personen - Frauen und Kinder, Menschen mit Behinderung, Ausgegrenzte und Vertriebene – zahlen den höchsten Preis. Sie sind auch dem höchsten Risiko ausgesetzt, durch Covid-19 verheerende Verluste zu erleiden.

Beendet die Krankheit des Krieges und kämpft gegen die Krankheit, die unsere Welt verwüstet. Es beginnt damit, die Kämpfe überall einzustellen. Jetzt. Das ist es, was unsere menschliche Familie braucht, jetzt mehr als je zuvor“[1].

Zwei Monate danach zeigen sich Resonanzen auf diesen Aufruf in verschiedenen Kriegs- und Krisenregionen weltweit.

Kamerun

„Im zentralafrikanischen Kamerun scheinen seine Worte zumindest teilweise auf fruchtbaren Boden zu fallen: Seit einigen Wochen hat sich die Zahl der Attacken in den zwei anglophonen Regionen des Landes deutlich verringert“[2], berichtete der „Vorwärts“ im Mai 2020.

Seit 2016 schon kämpfen in Kamerun Separatisten gegen Regierungstruppen für einen eigenen Staat, 2017 hatten sie die Republik „Ambazonien“ ausgerufen.

Kurz nach dem Aufruf des UNO-Generalsekretärs boten die Separatisten der Regierung einen Waffenstillstand an, am 25. März 2020 unterzeichneten die Streitkräfte Südkameruns (Socadef) einen vorübergehenden Waffenstillstand, woraufhin die Regierung erstmals in dem vierjährigen Krieg ein Massaker an Zivilist*innen im März 2020 zugab und drei beteiligte Regierungssoldaten vor Gericht stellen ließ - was zur Deeskalation beitrug.

Mehr als eine Million Menschen benötigen derzeit humanitäre Hilfe, mehr als 500 000 sind vor den Kämpfen geflohen und leben als Binnenflüchtlinge in Kamerun.

Weil die Regierung auf internationale humanitäre Hilfe angewiesen ist, stehen derzeit die Bedingungen günstig, z.B. bei der Lieferung dringend benötigter Corona-Hilfen, die unter anderem Frankreich und Deutschland senden, im Gegenzug auch auf die Bereitschaft zu Friedensverhandlungen zu drängen. Weil die Grenzen geschlossen sind, könnten Sonderlandegenehmigungen für humanitäre Flüge vertrauensbildende Maßnahmen für beide Konfliktseiten darstellen.

Philippinen

Seit mehreren Jahrzehnten kämpfen auf den Philippen Kommunisten gegen Regierungstruppen, Anfang des Jahres 2020 in 73 von 81 Provinzen. Ein kurzer 16-tägiger Waffenstillstand vom 23. Dezember 2019 bis 7. Januar 2020 brach nach der Ermordung eines prominenten Kommunisten wieder zusammen, an mehr als 100 Frontabschnitten kam es wieder zu Kämpfen - bis Ende März die Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) eine Erklärung[3] mit den folgenden zentralen Auszügen veröffentlichte:

„Auf Empfehlung des Verhandlungsgremiums der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen (NDFP) befiehlt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) hiermit allen Kommandos und Einheiten der Neuen Volksarmee (NPA) und der Volksmilizen als direkte Antwort auf den Aufruf des UN-Generalsekretärs António Guterres zu einem weltwei-

[1] https://www.spiegel.de/politik/ausland/coronavirus-antonio-guterres-ruft-zu-einem-globalen-waffenstillstand-auf-a-d0140b3a-a21f-4857-8999-424bbf63b666

[2] https://www.vorwaerts.de/artikel/corona-kamerun-virus-entschaerft-konflikt

[3] https://www.kommunisten.de/ueber-joomla/internationales/7829-kp-der-philippinen-folgt-dem-aufruf-des-un-generalsekretaers-nach-einem-waffenstillstand?tmpl=component&format=pdf

ten Waffenstillstand zwischen den Kriegsparteien zum gemeinsamen Zweck der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie, einen landesweiten Waffenstillstand einzuhalten, der ab 00:00 Uhr des 26. März 2020 in Kraft tritt und bis 23:59 Uhr des 15. April 2020 gilt. ... Der Zweck dieses einseitigen Waffenstillstands ist es, die notwendige, ungehinderte und sofortige medizinische, gesundheitliche und wirtschaftliche Hilfe, Unterstützung und Bewegung der Menschen zu gewährleisten und zu erleichtern, die durch die Erfordernisse der aktuellen weltweiten Covid-19-Pandemie, die eine wachsende Zahl von Filipinos und Nicht-Filipinos gleichermaßen betroffen hat, hervorgerufen wurde. Dieser Waffenstillstand ist auch eine Geste in Richtung nationale Einheit und basiert auf humanitären Prinzipien im Zusammenhang mit dem ernsten öffentlichen Notstand, um die Gesundheit, Sicherheit und das Wohlergehen aller zu gewährleisten. (...) Der Waffenstillstand kann möglicherweise auch zu einer positiven Atmosphäre beitragen, die die Durchführung informeller Gespräche im Vorfeld des formellen Treffens zur Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen begünstigt."

Mit Hinweis auf die Corona-Pandemie verkündete der Verteidigungsminister der Philippinen, Delfin Lorenzana, die Kämpfe gegen die Neue Volksarmee würden vorerst in den Hintergrund treten. Präsident Rodrigo Duterte ordnete einen einmonatigen Waffenstillstand im Kampf gegen die kommunistischen Rebellen an.

Bereits am 29. März kam es zu einem vorübergehenden Rückschlag in Form eines Waffenstillstandsverstoßes nach einem Zusammenstoß zwischen Rebellen und Soldaten in Barangay Puray im Stadtgebiet von Rodriguez.

Der UNO-Generalsekretär Guterres bezeichnete die Waffenstillstandserklärung der CPP als weltweites Beispiel für andere Kriegsparteien.

Weitere Länder-Beispiele

Prof. Dr. Matthias Rogg vom German Institute for Defence and Strategic Studies, einem Kooperationsprojekt der Führungsakademie der Bundeswehr und der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg, schrieb in einer Studie über die sicherheitspolitischen Auswirkungen der Corona-Pandemie:

„Überall auf der Welt ist die Sicherheitspolitik in Bewegung geraten und nicht für möglich geglaubte Dinge scheinen auf einmal machbar. Unter den Bedingungen von Naturkatastrophen zeigte sich immer wieder, dass Konfliktparteien Wege der Zusammenarbeit suchten, Waffenstillstände vereinbarten oder ihren Gesellschaften Gelegenheiten zum Luft holen boten".

Professor Rogg listet in seiner Studie[4] mehrere Beispiele auf, die sowohl die Corona-Pandemie als auch den Aufruf des UNO-Generalsekretärs als Ursache für überraschende Konflikt-Deeskalationen haben:

- Venezuela und Kolumbien, der engste regionale Verbündete der USA, loten bezüglich Corona über die Pan American Health Organization Möglichkeiten der Zusammenarbeit aus.
- In Libyen starteten Verhandlungen über einen „Corona-Waffenstillstand".
- Erst begannen die Vereinigten Arabischen Emirate, ihren Erzfeind Iran im Kampf gegen COVID-19 mit medizinischer Hilfe zu unterstützen, dann folgten Qatar und Kuweit.
- Die USA entsandten trotz des jahrelangen Konflikts mit Russland Erste Hilfe in die von Russland unterstützte abtrünnige Region Abchasien.

Fazit:

Der UNO-Generalsekretär hat einen wichtigen Impuls gesetzt, der von unzähligen Menschen weltweit mit ihrer Unterschrift unterstützt wird.

Neben den bereits erwähnten Beispielen gibt es weitere Länder, in denen zwar der Impuls wirkte, konkrete positive Schritte allerdings nur von einer Seite gegangen wurden.

So ignorierte in Thailand das Militär die einseitige Ankündigung eines Waffenstillstands im Süden des Landes durch die separatistische Guerilla der „Barisan Revolusi Nasional", die eine Einstellung der militärischen Aktivitäten angekündigt hatte, um die Bewältigung der Covid-19-Krise zu erleichtern.

In Syrien und in Jemen, dem Land mit der derzeit weltweit größten humanitären Katastrophe, wurde kurzzeitig von den Konfliktparteien der von Guterres angeregte Waffenstillstand eingehalten - brach aber sehr bald wieder zusammen.

Trotz dieser und anderer Rückschläge: Die Corona-Pandemie hat weltweit zu Nachdenklichkeit bei Kriegsparteien geführt - und einer gesteigerten Bereitschaft, zarte Dialog-Pflänzchen einer Fortführung der jeweiligen Kriege vorzuziehen. Diese

[4] https://gids-hamburg.de/wpcontent/uploads/2020/04/GIDSstatement2020_1_Rogg_COVID19.pdf

Ansätze gilt es auf allen Ebenen, der regierungsamtlichen wie der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, zu unterstützen.

Ende März 2020 unterstützte auch Papst Franziskus den Aufruf des UNO-Generalsekretärs und forderte dazu auf, „Wege der humanitären Hilfe zu schaffen, der Diplomatie gegenüber offen zu sein und denjenigen Aufmerksamkeit zu schenken, die sich in einer Situation schwerer Verwundbarkeit befinden"[5].

Atomkrieg aus Versehen

Prof. Dr. Karl Hans Bläsius warnt vor den Risiken, dass Alarmmeldungen falsch eingeschätzt werden.

In der Vergangenheit hatten wir bereits mehrmals großes Glück, dass es nicht zu einem Atomkrieg aus Versehen gekommen ist. Das Risiko eines Atomkriegs besteht auch heute noch und wird von Experten seit Januar dieses Jahres höher eingeschätzt als jemals zuvor (siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Atomkriegsuhr). Aufgrund des Klimawandels werden Konflikte zwischen Nationen zunehmen und Gesellschaften instabiler. Als Folge wird das Risiko eines Atomkriegs aus Versehen steigen.

Frühwarnsysteme

Das Risiko eines Atomkriegs aus Versehen geht vor allem von Frühwarnsystemen aus. Das sind hochkomplexe Systeme, basierend auf Sensoren, Computersystemen und Netzwerken zur Erkennung und Bewertung von möglichen Angriffen mit Atomwaffen. Dabei kann es zu Fehlalarmen kommen, die ganz unterschiedliche Ursachen haben können, wie z.B. Hardwarefehler, Softwarefehler oder eine fehlerhafte Interpretation von Sensordaten, eventuell verursacht durch spezielle Lichteffekte oder Wetterphänomene. Die Vielfalt der Objekttypen, die zu erkennen sind, wird wachsen (Hyperschallraketen, Drohen), wodurch das zuverlässige Erkennen und Klassifizieren von Objekten im Luftraum schwieriger wird. Neuartige Hyperschallraketen können Manövrierfähigkeiten haben, die eine Erfassung durch gegnerische Frühwarnsysteme verhindern, das heißt, es können auch wichtige Informationen fehlen. Grundsätzlich gilt also, dass die Daten, die eine Alarmmeldung verursachen, unsicher und unvollständig sind. Trotzdem müssen die Bewertungsmannschaften eine Alarmsituation in sehr kurzer Zeit (wenige Minuten) bewerten und Entscheidungen für Gegenmaßnahmen treffen.

Zweitschlagfähigkeit

Für die Bewertung einer Alarmmeldung im Hinblick auf mögliche Gegenmaßnahmen ist die Stärke der Bedrohung und speziell die Zweitschlagfähigkeit besonders wichtig. Die „Abschreckungs-Doktrin" besagt, dass ein Ausbruch eines Atomkriegs dadurch verhindert wird, dass eine Zweitschlagfähigkeit besteht. Wer angegriffen wird, kann den Einschlag von Atomwaffen abwarten und hat danach immer noch genug Zeit und Potenzial, einen vernichtenden Gegenschlag auszuführen. Dies setzt unter anderem voraus, dass die militärische Infra- und Kommunikationsstruktur in wesentlichen Teilen funktionsfähig bleibt. Solange Konsens über eine Zweitschlagfähigkeit besteht, ist das Risiko, dass ein Fehler in einem Frühwarnsystem zu einem Atomkrieg aus Versehen führt, deutlich geringer.

Während es in den 1980er Jahren bezogen auf atomare Bedrohungen nur zwei Lager gab und kaum Zweifel an einer Zweitschlagfähigkeit der beiden Seiten bestanden, ist die Lage heute deutlich komplexer. Nukleare Bedrohungen können zwischen vielen Nationen entstehen, wie z.B. zwischen USA und China, Russland und China oder USA und Nordkorea, wobei Zweitschlagfähigkeiten fragwürdig sind. Auch neue moderne Hyperschallwaffen könnten eine Zweitschlagfähigkeit gefährden. In der Vergangenheit ist immer wieder damit gedroht worden, zu einer „launch on warning" Strategie überzugehen, das heißt im Falle einer Alarmmeldung die eigenen Atomraketen zu starten, bevor diese vernichtet werden und damit die Zweitschlagfähigkeit zerstört wird.

Kontextbetrachtung

Bei der Meldung eines Raketenangriffs durch ein Frühwarnsystem wird ein Bewertungsprozess gestartet. Dabei wird es vermutlich keine feste Strategie (z.B. „launch on warning") geben, sondern die Entscheidung wird von der gegebenen Situation abhängen. Aufgrund der starken Unsicherheit der Datengrundlage im Falle von Alarmmeldungen spielt bei der Bewertung der Kontext eine wesentliche Rolle. Dabei kann entschei-

[5] https://www.vaticannews.va/de/welt/news/2020-03/weltweite-friedensappelle-zeigen-erste-wirkungen-angelus-uno.html

dend sein, wie stark die Bedrohung eingeschätzt wird, wie die aktuelle politische Weltlage ist, ob eine Krisensituation vorliegt, ob es bereits andere feindliche Vorfälle gibt und wie die momentane psychische Verfassung der Konferenzteilnehmer ist.

Eine Entscheidung, ob ein Gegenangriff ausgeführt wird oder nicht, kann also auch davon abhängen, wer gerade Dienst hat und wie deren Einstellungen sind. Je größer die Bedrohung bei einer Alarmmeldung ist und je mehr die Zweitschlagfähigkeit gefährdet ist, desto größer wird die Bereitschaft sein, einen Gegenschlag bereits auf der Basis einer Raketenwarnung durch ein Frühwarnsystem anzuordnen.

Klimawandel

Der Klimawandel wird dazu führen, dass verschiedene Regionen unbewohnbar werden und damit vermehrt Klimaflüchtlinge verursachen. Dies wird bis Mitte dieses Jahrhunderts möglicherweise mehr als 500 Millionen Menschen betreffen. Der verfügbare Lebensraum wird kleiner, wichtige Ressourcen, wie zum Beispiel Wasser und Nahrungsmittel, knapper. Der Klimawandel kann auch Nuklearnationen wie Pakistan betreffen und zu einer Instabilität der Gesellschaft führen, mit schwer kalkulierbaren Folgen für die Sicherheit dort stationierter Atomwaffen.

Der Klimawandel wird zu politischen Krisen, Drohungen und eventuell sogar kriegerischen Konflikten führen. Als Folge werden Angriffsmeldungen in Frühwarnsystemen deutlich gefährlicher. Die Situation verschärft sich, wenn in einer solchen Krisensituation weitere negative Ereignisse zeitlich mit einem Fehlalarm zusammentreffen.

Zusammentreffen von Ereignissen

In Krisen- und Konfliktsituationen erhöht sich das militärisch bedingte Flugaufkommen und damit der Informationsfluss auf Basis von Sensordaten. Eine genaue Überprüfung von Ereignissen und Alarmmeldungen kann so erschwert werden. So ist es z.B. in Zusammenhang mit der Ukraine-Krise vermehrt zu gefährlichen Situationen im europäischen Luftraum mit Beinahe-Zusammenstößen zwischen russischen und NATO-Flugzeugen gekommen. Mehr militärische Aktivität erhöht so auch die Wahrscheinlichkeit, dass mehrere ungünstige Ereignisse zufällig zusammentreffen. Beim zufälligen zeitlichen Zusammentreffen bestimmter Ereignisse werden häufig kausale Zusammenhänge angenommen, die gar nicht bestehen. Als Folge sind Fehlinterpretationen und eventuell falsche fatale Entscheidungen möglich.

Politische und militärische Konflikte werden in Zukunft auch von Cyberangriffen begleitet sein, die gefährliche und unkalkulierbare Wechselwirkungen mit Frühwarnsystemen sowie den Nuklearstreitkräften erzeugen können. Auch Cyberangriffe können die Wahrscheinlichkeit für das zeitliche Zusammentreffen feindlicher Ereignisse mit einer Alarmmeldung und somit die Gefahr von Fehlinterpretationen erhöhen.

Erwartungshaltung

Bei der Bewertung einer Alarmmeldung durch Menschen spielt auch die Erwartungshaltung eine große Rolle. Der versehentliche Abschuss eines ukrainischen Verkehrsflugzeugs im Iran im Januar dieses Jahres hat gezeigt, was in einer Krisensituation passieren kann. Aufgrund der Angriffe auf amerikanische Stellungen im Irak durch den Iran wurde mit einer Gegenreaktion oder gar Krieg gerechnet, deshalb schien es plausibel zu sein, dass es sich bei dem Radarsignal um einen Angriff handelt.

Auch in Frühwarnsystemen für Atomraketen kann die Bewertung einer Alarmmeldung davon abhängen, ob aufgrund der aktuellen politischen Lage ein Angriff erwartet wird oder zumindest als plausibel erscheint. Dies wird insbesondere gelten, wenn bereits militärische Auseinandersetzungen laufen (z.B. als Folge des Klimawandels) und es gegenseitige Drohungen gibt. Fehlalarme in solchen Situationen werden noch gefährlicher, wenn in zeitlichem Zusammenhang weitere negative Ereignisse, wie z.B. Flugzeugabstürze oder Cyberangriffe vorkommen.

Prof. Dr. Karl Hans Bläsius lehrte Informatik und Künstliche Intelligenz an der Hochschule Trier und gehört zu den Initiatoren der Seiten https://atomkrieg-aus-versehen.de

Dagmar Schulte hat Karl Hans Bläsius im Bonner Amtsgericht anlässlich eines Verfahrens wegen Protest gegen die Atomwaffen in Büchel kennengelernt und um diesen Artikel gebeten.

In ‚Sicherheit für alle' investieren – statt in ‚nukleare Teilhabe'

Wethen, 28.4.2020. Church and Peace kritisiert gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland, dem Mennonitischen Friedenszentrum Berlin und dem Deutschen Mennonitischen Friedenskomitee Pläne des deutschen Verteidigungsministeriums zum Kauf atomwaffenfähiger Kampfjets.

„In die Jahre gekommen", so titelt eine Meldung des Verteidigungsministeriums am 22.4.2020, in der ankündigt wird, dass die Suche nach einem Nachfolgemodell für das „in die Jahre gekommene" atomwaffenfähigeKampfflugzeug Tornado beginnt. Dafür sollen Milliardenbeträge eingesetzt werden, u.a. um beim US-Hersteller Boeing 45 Kampfflugzeuge vom Typ F18 zu kaufen.

„In die Jahre gekommen und damit wahrhaftig von gestern sind die militärstrategischen Konzepte desVerteidigungsministeriums, die weiter auf ‚nukleare Teilhabe', d.h. auf Bereitstellung von deutschen Kampfflugzeugen für den Einsatz amerikanischer Nuklearwaffen im Rahmen der NATO setzen. Es ist absurd, sich dadurch die Mitsprache am Einsatz von Atomwaffen zu erkaufen", so Church and Peace-Vorsitzende Antje Heider-Rottwilm. „Die Tatsache, dass die jetzigen Kampfflugzeuge nicht mehr die Einsatzfähigkeit der in Büchel gelagerten amerikanischen Atomwaffen gewährleisten, sollte genutzt werden, um endlich die Forderung des Bundestages an die Bundesregierung aus dem Jahre 2010 und der Friedensbewegung umzusetzen und dafür zu sorgen, dass die US-Atomwaffen aus Deutschland abgezogen und vernichtet werden."

Die aktuelle Corona-Pandemie macht auf schmerzliche Weise deutlich, wie sehr über alle Grenzen und Abschottungen hinweg Menschen und Nationen verletzbar sind: durch Krankheiten, durch die Folgen von Klimawandel, Krieg und Hunger. All das sind Fluchtursachen, die es zu bekämpfen gilt. Das Geld,das nun für die Beschaffung neuer Kampfjets ausgegeben werden soll, wäre besser in eine „Sicherheit für alle" investiert: Maßnahmen, die in Deutschland und weltweit die verwundbarsten Menschen zuerst schützen. Da wirken Vorbereitungen zur atomaren Modernisierung völlig anachronistisch.

„Als Mitglied der internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) fordern wir die weltweiteAbschaffung aller Atomwaffen! ICAN hat 2017 einen Verbotsvertrag für Atomwaffen auf UN-Ebene eingebracht und wurde dafür mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Viele Staaten haben seitdem den Vertrag unterzeichnet und ratifiziert. Die deutsche Bundesregierung hat das bisher verweigert – nun wäre der Zeitpunkt, eine zukunftsfähige Entscheidung zu treffen, d.h. Atomwaffen aus Deutschland zu verbannen und den Vertrag zu unterzeichnen," fordert Lydia Funck, Generalsekretärin von Church and Peace.

„Zusammen mit den Kirchen in der weltweiten Ökumene fordern wir – statt einer Abschreckungsdoktrin, die mehr denn je Milliarden in Abschreckung durch Rüstung inkl. Massenvernichtungswaffen investiert – eine internationale Zusammenarbeit, die auf globale Gerechtigkeit, effektiven Klimaschutz, Abrüstung, gewaltfreie Konfliktbearbeitung, Stärkung der multilateralen Organisationen setzt – und damit auf zukunftsfähige Konzepte angesichts der Verletzlichkeit des Lebens," so Antje Heider-Rottwilm.

Erklärung des deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes zum 75. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges am 8. Mai 2020

Vor 75 Jahren endete der 2. Weltkrieg, das größte Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts. Lange Zeit galt als Lehre aus der Zeit von 1933 bis 1945 in beiden deutschen Staaten der Satz: Nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus. ...

Die vollständige Erklärung steht auf unserer Homepage,

https://www.versoehnungsbund.de/node/1337

Wenn der deutsche Schwanz mit dem atomaren Hund wedeln will ...

Leserbrief von Peter Heim an die SZ
zum Kommentar von Daniel Brössler vom 5.Mai 2020 „Falsche Hoffnung“

Herr Brössler will Deutschland „in der Mitverantwortung für die nukleare Abschreckung“ halten.Warum: Um „an den strategischen Diskussionen und Planungen teilzunehmen“. Und er verknüpft das mit der Frage der Mitverantwortung Deutschlands für die Existenz der Nato. Weiter unterstellt er der Initiative einen naiven Glauben, dass eine „einsame Abkehr“ Deutschlands von der nuklearen Abschreckung die russische Aufrüstung stoppen könnte.

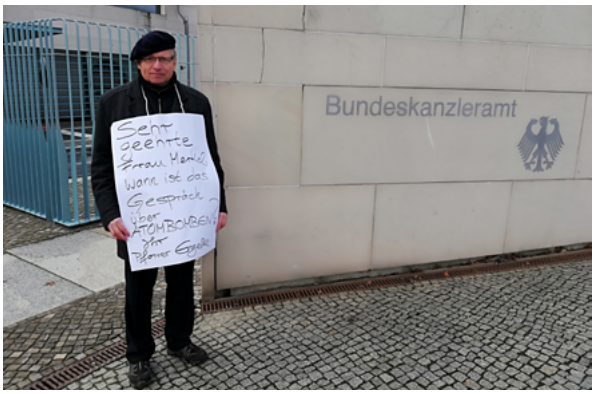
Ich finde diese Argumentation zu einfach gestrickt. Sie arbeitet mit überholten Annahmen und einem falschen Begriff von Sicherheit und Verantwortung.

Die gegenseitige nukleare Abschreckung ist ein Konzept des Kalten Krieges. Die heutige Situation ist viel unübersichtlicher geworden, auch die Situation in der Nato selbst. Das In-Stellung-bringen sogenannter „kleiner“ taktischer Atomwaffen, die immer noch viel zerstörerischer sein können als “Little Boy“ mit einer Sprengkraft von 12,5 Kilotonnen TNT (Trinitrotoluol) und über 100.000 Toten vor nun fast 75 Jahren, machte das Feld noch unübersichtlicher.

Die Entscheidungsstrukturen und Modalitäten des Umgangs in der Nato sind nicht so, dass imErnstfall irgendjemand die USA davon abbringen könnte, ihren nuklearen Willen durchzusetzen. Es mag sein, dass Deutschland oder deutsche Piloten in Büchel im Zuge der Teilhabe im Krisenfall nicht zu Mittätern werden wollen und sich weigern, ihre massenmörderische US-Last (worüber überhaupt?) abzuwerfen. Aber kommt es darauf an, wenn so viele andere Atomraketen an andernStandorten und viel effektiver zur Verfügung stehen? Nein, wir werden durch Büchel schlicht mit in Haftung genommen. Und wir glauben, der deutsche Schwanz könne mit dem atomaren Hund wedeln. Da weckt Herr Brössler selbst „Falsche Hoffnung“.

Nein, wir brauchen keine „nukleare Teilhabe“. Wir brauchen die Wiederaufnahme vonVerhandlungen und neue Abkommen zu mehr Transparenz und kontrollierter Abrüstung genau wie auch im Koalitionsvertrag vereinbart - unabhängig davon, wie wir zu Russland stehen. Ohne neue Verträge werden wir in Europa nicht zu mehr nachhaltiger Sicherheit kommen. Auch daran sollteHerr Brössler erinnern. Das erfordert einen langen Atem - wie bei Corona oder in der Klimapolitik.

Angesichts der ungeheuerlichen atomaren Gefahren scheint mir das die einzige wirklich zukunftsweisende Option. Hier sollte Herr Maas aktiv werden - und sich nicht so eilfertig gegen seine Parteikolleg*innen stellen.



„Sehr geehrte Frau Merkel,
wann ist das Gespräch über ATOMBOMBEN?
Ihr
Pfarrer Engelke“

Ausgaben für Militär 2019

Zusammengestellt aus www.sipri.org (Stockholm International Peace Research Institute)

NATO	1.035 Mrd. $
Russland	65 Mrd. $
Deutschland	49 Mrd. $

Food for Future

Hans-Hartwig Lützow hat eine Arbeitsgruppe für die ausgefallenen Jahrestagung geplant.

Ich bin Bauer im Berggebiet mit Schafen, Schweinen und Kühen. Meine Kinder demonstrieren für den Klimaschutz. Ich biete Hofführungen zum biologisch-dynamischen Landbau an. Meine Kunden leben vegan, vegetarisch oder mit Vollkost-Ernährung.

Vollkost soll hier ein Sammelbegriff sein für eine Ernährung, die alles einbezieht, was der Lebenserhaltung tauglich scheint. Begrenzt wird sie durch kulturelle, geographische und religiöse Besonderheiten. Innerhalb dieses Rahmens entscheiden Geschmacksempflnden, ein Verständnis von Gesundheit, Markt und Mode. Steht in der Lebensgestaltung anderes im Vordergrund, wird Ernährung zur Nebensache, kommt Gedankenlosigkeit hinzu.

Verfolge ich gedanklich das Werden der Nahrung zurück, treffe ich auf Bedingungen, die den Naturzusammenhang und damit auch das Klima betreffen. Ebenso erwächst die Nahrung aus den Lebensumständen anderer Menschen. Möglicherweise kommen mir Gedanken, die meine innere Zustimmung finden, wie beispielsweise wunderbar lebendige Bauerngärten oder auch weidende Kühe.

Andererseits können sich meine Gefühle an inneren Bildern stoßen, an endlosen Maschinenhallen, leer geräumten Landschaften, an gequälten Tieren und leidenden Gesichtern unfreier, ausgebeuteter Menschen. Eine bewusste Kaufentscheidung ist im besten Fall auch eine Gewissensentscheidung .

Vegetarisch zu leben, kann eine solche Entscheidung sein. Die Tierwelt als Nahrungslieferant wird angenommen, jedoch nur in Form Ihrer Ausscheidungen. Die körperliche Unversehrtheit der Tiere wird meist nicht angegriffen. Entsprechende Gerichte finden sich mittlerweile auf jeder Speisekarte. Wolle, Federn und Leder sind für viele Vegetarier annehmbar. Die Auswahl ist groß.

Zur veganen Lebensweise findet, wer aus weltanschaulichen Gründen auf die Nutzung der Tierwelt verzichten will. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass Tieren bereits das Leben im menschlichen Zusammenhang schadet. Der Veganer achtet genau auf die einzelnen Bestandteile seiner Lebensmittel. Ein entsprechendes Logo hilft ihm bei der Auswahl. Dieses Logo sagt nichts über die sozialen Aspekte des Produkts aus.

Mahlzeiten sind von alters her Gemeinschaft bildende Erlebnisse. „Es wird gegessen, was auf den Tisch kommt“ war ein überlebenswichtiger Erziehungsgrundsatz der Kriegs- und Nachkriegsgeneration. Unser Wohlstand, um nicht zu sagen Überfluss, hat diesen Grundsatz aufgelöst. Die Folge ist eine Vereinzelung. Aber ist das zu vermelden?

Als Bauer sind mir Nutztiere als Glieder eines Hoforganismus unverzichtbar. Der Dung der Wiederkäuer ist für den dauerhaften Aufbau der Bodenfruchtbarkeit wichtig. Auch die Kompostierung pflanzlichen Materials kann das nicht ersetzen. Darüber hinaus bringen die Haustiere Gefühlskomponenten in das Hofgeschehen. Wir teilen mit ihnen die Seelenwelt des Hofes. Wertschätzung, Fürsorge und Dankbarkeit äußern sich darin. Dazu braucht man sie nicht zu verspeisen.

In den Lebenszyklus unserer Tiere gehört deren Fortpflanzung. Die Haltung von Nutztieren hat deren natürlichen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Das Tier muss seine Instinkte ausleben können. Ist dies nicht gegeben, begeht der Tierhalter ein Unrecht, um nicht zu sagen, ein Verbrechen. Mitschuldig macht sich der Kunde der daraus gewonnenen Produkte. Wer sich deshalb über Pflanzen ernährt und kleidet, kann in gewissem Sinne für dieses Unrecht einen Ausgleich schaffen. Dabei geht es nicht um eine statistisch messbare Wirkung, sondern um eine Geste, die, einmal in die Weit gesetzt, weiterwirken wird. Auch wer selbst Vollkost lebt, sollte dies anerkennen.

Mensch und Tier leben als beseelte Wesen in benachbarten Empfindungswelten. Wechselseitig erkennen wir Lust und Leid. Der Wolf kann sich vom Lamm, besser gesagt, vom Genuss desselben nicht absondern (abwenden). Wir Menschen können das. Ein bewusster Verzicht auf naturgegebene Triebe kann sogar unsere menschliche Willenskraft stärken. Wird jedoch ein einzelner Lebensaspekt stark überhöht, spricht man von Fanatismus. Verbal drückt sich dies in der Endung -ismus aus: Naturalismus, Vegetarismus, Veganismus. (Vergl. Kapitalismus als Übersteigerung des Materiellen, Kommunismus des Sozialen).

Wir leben eine Freiheit, die das Tier nicht hat. Diese Freiheit gilt es zu wahren und einander zuzugestehen. Gelassenheit (im Sinne Meister Eckharts) und Achtsamkeit (Simone Veil) wenden Notstände in der Welt, sind notwendig. Auch für Natur und Klima.

Am Schlachten von Tieren scheiden sich die Geister. Der Körper verendeter Tiere ist dem Menschen in der Regel nicht bekömmlich. Fleischverzehr ist mit dem Töten von Tieren verbunden. In unserer heutigen Kultur wurde das Schlachten weitgehend aus dem täglichen Leben· ausgegliedert. Ähnliches gilt für das Leiden und Sterben der Menschen. Es ist berechtigt, diese Entwicklung in Frage zu stellen, wie auch das Schlachten selbst.

Es soll hier nicht der Versuch unternommen werden, einen weltanschaulichen Veganer eines Besseren zu belehren. Seine Haltung bleibt unangefochten. Jede individuelle Entscheidung hat ihre Berechtigung. Jeder von uns ist jederzeit an Tod und Vernichtung von Leben mitschuldig. Ich gehe über einen Teppich, der von versklavten Kindern gewebt wurde; ich lebe damit, dass die Bundeswehr unsere Freiheit am Hindukusch verteidigt; ein Teil des Treibstoffs in meinem Tank besteht aus Palmöl. Mit dem Roden des Urwalds geht Lebensraum für Mensch und Tier fast unwiederbringlich verloren. Nicht zuletzt bewirkt unser Lebensstil eine Klimaveränderung, die Pflanzen und Tiergattungen aussterben lässt, und Menschen, die an diesem Lebensstil nicht teilhaben, in den Tod treibt. Die Augen davor zu verschließen, aus Gedankenlosigkeit, macht uns schuldig.

Worin besteht nun der Unterschied, selbst das Messer anzusetzen? Ich denke, den Unterschied macht die erforderliche Willenskraft aus. Sie zieht eine seelische Empfindung mit in dieses Geschehen. Und in dieser Empfindung scheiden sich Gut und Böse. Ich kannte einen alten Metzgermeister (G. Rieckmann), der stolz darauf war, aus einem Rind gute Nahrung für Freunde und Kunden herstellen zu können. Er war ein gläubiger Christ, Tierfreund und in allen bäuerlichen Dingen erfahren. Für ihn stand dies nicht im Widerspruch zu seinem Beruf als Metzger. Niemals hätte er ein Tier geschlagen .

Eine Schlachtung ohne persönliche Anteilnahme, ausgeführt mit großer Gleichgültigkeit, automatisiert, in einer Grundstimmung aus Gewinnsucht und Egoismus, wirkt mit dieser Grundstimmung in das Weltgeschehen. Es ist zu beobachten, dass Metzger, die in diesem Umfeld ihrer Tätigkeit nachgehen, zur Verrohung neigen. Im Extremfall entsteht Hass auf die Welt. Der Unterschied mag graduell sein. Aber die Geste einer Handlung hinterlässt im menschlichen Gemüt Spuren.

Das Töten eines Tieres aus der industriellen Landwirtschaft ist der Endpunkt eines Lebens voller Qualen. Wenn das Schlachten nicht generell mit einem Tabu belegt ist, lässt sich hier ein gradueller Unterschied zur bäuerlichen Landwirtschaft ausmachen. Die biologische Wirtschaftsweise geht noch einen Schritt weiter. Allerdings gibt es auch hier, häufig in Abhängigkeit vom Grad der Automatisierung, Bedingungen, unter denen eine Wahrnehmung des einzelnen Tieres nicht mehr möglich ist. Dies jedoch ist eine der ganz wesentlichen Voraussetzungen für eine wesensgerechte Haustierhaltung.

Als Demeter-Bauer beziehe ich mich auf die Erkenntnisse von Rudolf Steiner als dem Inspirator einer geistgemäßen Landwirtschaft. Einerseits beschreibt er, wie hinderlich bei geistiger, meditativer Arbeit der Fleischgenuss ist (als ob man einen Stock im Rücken hat). Andererseits hat, wer auf Fleisch verzichtet, „das Irdische nicht voll ergriffen“.

Wo leben wir? Was wollen wir? Was Ist unsere Aufgabe in diesem Leben?

„…damit Menschen ohne Angst verschieden sein können“

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist Teil unserer Arbeit in der Regionalgruppe Magdeburg. Christine Böckmann arbeitet bei Miteinander e.V., wir als Gruppe unterstützen diesen Verein. So nimmt diese Arbeit immer auch Raum bei unseren Zusammenkünften ein. Deswegen haben wir Christine gebeten, diese Perspektive auch in der „Versöhnung“ einzubringen. Christines Bericht, so baten wir sie dann noch, sollte durch ein konkretes Beispiel ergänzt werden.

Barbara und Eberhard Bürger

Christine Böckmann berichtet aus der Arbeit von Miteinander e.V. in Sachsen-Anhalt

Wer hierzulande mit Rechtsextremismus, Rassismus oder anderen

Graffiti an einem Brückpfeiler, Magdeburg 2013

Formen von Menschenverachtung konfrontiert wird, steht nicht allein: Wer Informationen oder Fortbildung sucht, angegriffen wurde oder mit Menschen mit abwertenden Einstellungen zu tun hat, kann Beratung und Unterstützung bekommen. Denn es gibt inzwischen zahlreiche Angebote dafür. Dass es sie gibt, ist nicht selbstverständlich. Denn dass es sie gibt, ist eine ostdeutsche Erfolgsgeschichte: Es waren die Erfahrungen der ostdeutschen „Baseballschlägerjahre“, der brutalen rechten Gewalt in den Neunzigern, auf die Menschen mit Solidarität und Unterstützung reagierten, sich eine demokratische Zivilgesellschaft organisierte, Konzepte entwickelte und Druck auf die politischen Ebenen ausübte. Schließlich war dieser Druck so groß (und die Gewalt so unübersehbar), dass die politischen Ebenen handeln mussten und anfingen, Projekte zu fördern.

Ein „Refugees welcome“-Aufkleber im öffentlichen Raum scheint zu stören, Magdeburg 2018

Nur darum gibt es jetzt all diese Angebote von Beratung, Bildung und Unterstützung – inzwischen bundesweit, weil die in Ostdeutschland entwickelten Konzepte wirksam waren.

Doch sie sind immer noch in der Regel projektfinanziert über Förderprogramme und damit nicht dauerhaft gesichert.

Nur darum gibt es Träger wie Miteinander e.V. [1], mein Hauptarbeitgeber seit inzwischen 18 Jahren. Projekte kamen und gingen in dieser Zeit. Geblieben ist das Ziel der Arbeit: Dass Menschen – wie es bei uns seit 20 Jahren heißt – ohne Angst verschieden sein können.

*Lichtinstallation von Schüler*innen bei der „Meile der Demokratie“ am 18. Januar 2014 in Magdeburg*

Ein wichtiges Element unserer Arbeit ist darum immer wieder eine Veränderung des Blickwinkels, um die Perspektive von (potenziellen) Betroffenen mit in den Blick zu nehmen: Wenn z.B. eine Jugendeinrichtung Unterstützung sucht, weil Jugendliche rassistische Sprüche äußern, dann geht es nicht nur um diese Jugendlichen, nicht nur um die Einrichtung und die Mitarbeitenden, sondern auch um die anderen Jugendlichen: Wie wirkt es auf die Betroffenen, wenn rassistische Äußerungen nicht sanktioniert werden? Oder gar, wie es früher oft geschah, mit besonderen pädagogischen Förderprojekten „belohnt“ werden, weil man rechte Jugendliche „umpolen“ wollte?

Dieser Fokus macht unbequem. Denn er führt dazu, immer wieder den Finger in die Wunde zu legen und Menschenverachtung beim Namen zu nennen. Wenn andere Proteste von „besorgten Bürger*innen“ sehen, erkenne ich Personen aus der rechten Szene auch ohne ihre typischen Symbole, erkenne spezifische Begriffe der Szene und höre menschenverachtende Äußerungen. Und, ja, auch einzelne Äußerungen von „den paar Leuten, die montags spazieren gehen“ sind eine Bedrohung, weil dadurch andere montags Gefahr laufen, angepöbelt zu werden, und darum zu diesen Zeiten die entsprechenden Bereiche der Stadt meiden. Dies zu erkennen und in die Debatten in der Stadt einzubringen, ist Teil meines Jobs – auch wenn es die Problemlösung erschwert.

Das macht nicht gerade beliebt und oft setzen wir uns damit zwischen alle Stühle. Es gibt nicht wenige, die uns nicht mögen. Träger wie Miteinander e.V. sind derzeit oft Gegenstand von Parlamentsanfragen, in denen es nicht nur um Fördermittel und Qualifikationen von Mitarbeitenden geht, sondern oft auch Interna abgefragt oder Verbindungen zu Gewalt oder „Linksextremismus“ konstruiert werden . Menschen, die sich öffentlich äußern, werden leicht zu Hassobjekten, und nicht wenige überlegen sich darum sehr genau, was sie wie öffentlich sagen oder tun. Auch ich habe meinen Alltag dementsprechend angepasst.

Ein Stromkasten wird zum Gedenkort, Magdeburg 9. Mai 2020. Foto: Christine Böckmann

[1] Offiziell „Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.“, vgl. https://www.miteinander-ev.de/

Trotz alledem gibt es Erfolge in der Arbeit: In all den Orten, die viele meist nur mit der medialen Berichterstattung von Skandalen, rassistischen Demonstrationen oder brutaler Gewalt in Verbindung bringen, gibt es Menschen, die Betroffene unterstützen, zivilcouragiert eingreifen, friedlich und kreativ protestieren und eine Welt gestalten, in der Menschen ohne Angst verschieden sein können. Das sind die Menschen, für die wir unsere Arbeit machen und mit denen wir dabei wunderschöne Dinge erleben. Auch das gehört zu unserer ostdeutschen Realität.

Hier ist ein konkretes Beispiel: Gedenken an den Tod von Torsten Lamprecht am 9.5.2020

Am Abend des 9. Mai 1992 feierten etwa 30 Jugendliche der Magdeburger Punk-Szene den Geburtstag eines Freundes in der Gaststätte „Elbterrassen“ in der Nähe der Elbe.

Kurz vor Mitternacht rissen etwa 60 neonazistische Skinheads das Tor zum Gelände auf und begannen unvermittelt mit Baseballschlägern auf die Feiernden einzuschlagen. Insgesamt 30 Minuten dauerte der Angriff. Torsten Lamprecht wird dabei verletzt und stirbt zwei Tage später an seiner schweren Schädelverletzung.

Gedenken des Bündnis gegen Rechts Magdeburg an Frank Böttcher, Todesopfer rechter Gewalt

Das Bündnis gegen Rechts Magdeburg erinnert jedes Jahr mit einer Gedenkveranstaltung vor Ort an das Geschehen. Da in diesem Jahr aufgrund der geltenden Hygienemaßnahmen eine Gedenkveranstaltung nicht möglich war, lud das Bündnis gegen Rechts zum individuellen Gedenken ein und bot zwei Stunden lang vor Ort ein Gesprächsangebot an, was gerne genutzt wurde.

2013 wurde eine Straße in unmittelbarer Nähe des damaligen Tatortes in „Torsten-Lamprecht-Weg“ umbenannt. (Der Elberadweg führt übrigens dort entlang.).

Zu Deinem 60. Geburtstag herzliche Segenswünsche

Uli Sonn gratuliert Clemens Ronnfeldt

Lieber Clemens,

zu Deinem 60. Geburtstag meine herzlichen Segenswünsche !

Bewegte und bewegende Zeiten Deiner Tätigkeiten als Friedensreferent im Versöhnungsbund liegen hinter Dir, – und vor Dir !

Bewegt: durch die unzählig vielen internationalen und bereichernden Kontakte und bewundernswerten Menschen, ermutigende Freundschaften, die Konfrontation mit Militarismus und Gewalterfahrungen, – und Zeichen der Hoffnung!

Bewegend: durch Deine tollen Vorträge, scharfsinnigen Analysen, umsichtigen Moderationen, engagierten Reden bei Kundgebungen, Transparenz schaffenden TV-Sendungen – und Deine Heiterkeit und Musik !

Viele Menschen hast Du inspiriert und motiviert. DANKE!

Frieden geht! Das ist Deine Botschaft und das strahlst Du aus.

Friedensschuh – Konstruktion Nikolaus Huhn

Wenn wir uns auf den Weg machen: Menschenfeindliche Produkte und Strategien bekämpfen. Gewaltfreie Alternativen zur Konfliktbewältigung aufzeigen, sie mit Beharrlichkeit und Einfühlung verfolgen und einfordern.

Dazu braucht es einen festen Stand und ein Zeichen, worauf man steht, – und dann: Los geht‘s, mit sportlichem Elan, PAX an!

Mit herzlichem Friedensgruß von Deinem Freund und ehemaligen Kollegen, Uli Sonn

Brief des Internationalen Versöhnungsbundes an den UN-Generalsekretär

Charlotte Sjöström Becker, internationale Präsidenten des Internationalen Versöhnungsbundes, hat einen Offenen Brief an den UN-Generalsekretär verfasst, in dem sie fordert, die Coronapandemie für einen Neustart zu nutzen, der sich an drei Prinzipien orientiert: (Übersetzung aus dem Englischen)

Sehr geehrter Herr Generalsekretär Antonio Guterres,

Wir wenden uns an Sie als Internationaler Versöhnungsbund, einer globalen Bewegung, die sich dem Versuch verpflichtet hat, die Welt mit den Mitteln der Gewaltlosigkeit von den immer wiederkehrenden Zirkeln der Gewalt zu befreien und auf Gerechtigkeit, Versöhnung und dauerhaften Frieden hin zu wirken. Wir schließen uns Ihnen in der Erkenntnis an, dass „die Wut von [COVID-19] die Torheit des Krieges veranschaulicht“, und wir gratulieren Ihnen für die Führungsrolle, die Sie bei der Forderung nach einem globalen Waffenstillstand eingenommen haben. Wir freuen uns, dass Ihr Aufruf bei Millionen von Menschen in der ganzen Welt Widerhall gefunden und die Unterstützung von 70 Mitgliedstaaten erhalten hat, wobei bereits sowohl Konfliktparteien als auch nichtstaatliche Akteure ihre Akzeptanz zum Ausdruck gebracht haben.

Die Pandemie hat deutlich die gemeinsame Verwundbarkeit der Menschheit offenbart, die an keiner Grenze Halt macht. Wir, die wir nur eine der vielen Spezies auf dem Planeten Erde sind, müssen unsere Vorstellung der uns eigenen Überlegenheit überwinden oder wir riskieren noch verheerendere Pandemien in der Zukunft. Nachdem die Illusion der Getrenntheit durch die aktuelle Krise enttarnt wurde, kann die Menschheit Krieg und Gewalt nirgendwo mehr dulden, da sie die Gesundheit und den Frieden für alle und überall bedroht. Die einzelnen Länder kämpfen gerade mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gräben, die die Bemühungen zur Eindämmung des Virus erschweren, während die Ungleichheit in der Welt zugleich die Dramatik des Leidens in den Ländern offenbart, die bereits die Hauptlast der durch Klimawandel, Hunger und bewaffnete Konflikte verursachten Krisen tragen.

Während die Auswirkungen von COVID-19 auf die Länder, in denen wir aktive Mitglieder haben, unterschiedlich sind, bekräftigen wir gemeinsam die Dringlichkeit eines neuen und kreativen Weges, der die menschliche Sicherheit weltweit durch Gesundheit und Frieden aufbaut. Deshalb appellieren wir:

1. Geben Sie dem Schutz von armen und ausgegrenzten Menschen die höchste Priorität. Wirtschaftliche Ungleichheit verstärkt die Auswirkungen der Pandemie und schafft die Voraussetzungen für eine schwerere Betroffenheit der Bevölkerung mit deutlich höheren Letalitäts-Raten. Mangelnde Investitionen in die weltweite Gesundheitsversorgung bedeuten, dass viele Länder nicht in der Lage sind, der einfachen Herausforderung gerecht zu werden, lebenswichtige Schutzausrüstung für das Gesundheitspersonal bereitzustellen. Wenn Armut an bestimmten Orten konzentriert wird, bedeutet das eine Isolierung dieser Menschen. Für Frauen und Kinder, die zusammen mit gewaltbereiten Angehörigen eingesperrt werden, kann diese Situation ein neues Level von Gewalt, Missbrauch und Tod mit sich bringen.
2. Schützen Sie die bürgerlichen Freiheiten und Menschenrechte. Notstandsgesetze, die in vielen Ländern in großer Eile erlassen wurden, können als Deckmantel für Unterdrückungsmaßnahmen und die Verletzung von Menschenrechten dienen. Traditionell marginalisierte Gemeinschaften werden vergessen oder ignoriert, und gefährdete Menschen werden von der offiziellen Unterstützung abgeschnitten. Wir fordern Sie, Herr Generalsekretär, dringend auf, der Arbeit der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Frau Michelle Bachelet, Priorität einzuräumen und sie zu unterstützen, einen globalen Index für Menschenrechte zu erstellen. Dieser soll Missbrauch sichtbar machen, in dieser - sich durch COVID-19-Gesetzgebung rasch ändernden - Welt. Wir fordern Sie dringend auf, alle Mitgliedsstaaten auf ihre Rechenschaftspflicht hinzuweisen.
3. Nutzen Sie den Schwung dieser globalen Krise, um Ressourcen umzuschichten und dauerhaften Frieden zu schaffen. Kriegswaffen können weder einen Virus besiegen, noch den Klimawandel bekämpfen, noch irgendein anderes weltweites Problem unserer Zeit lösen. Während die Staaten „business as usual“-Militärstrategien verfolgen, um das Virus

einzudämmen und Sicherheit zu schaffen, vergeudet die Welt Gelegenheiten, sich zu kreativen Antworten zusammenzuschließen, die der Schwere dieser Krise gerecht werden, wie z.B. die am stärksten gefährdeten Personen vor harten wirtschaftlichen Auswirkungen zu schützen und solidarisch zu arbeiten, um die weltweite Vorbereitung auf Gesundheitsnotfälle sicherzustellen Dies ist die Art kreativer Antworten, die zu dauerhaftem Frieden führen. Wir rufen zur Abrüstung auf, beginnend mit der Abschaffung aller Atomwaffen. Dem Wohl der Menschheit dienen gerechte Investitionen in regionale Gemeinschaften und die Verlagerung weg von der Finanzierung von Kriegsführung hin zu einer ausreichenden Finanzierung von Gesundheitsversorgung und Frieden. Wir fordern die Vereinten Nationen nachdrücklich auf, mehr Kapazitäten und finanzielle Mittel in gewaltfreie Konflikttransformation und in unbewaffnete, zivile Friedenssicherung zu investieren.

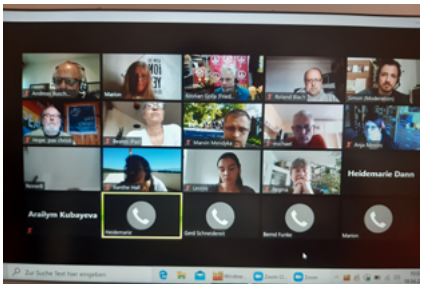
Jetzt ist es an der Zeit, eine neue „Normalität“ zu schaffen, die auf einer Kultur des Friedens aufbaut. Wir rufen zu globalem Brückenbau und globaler Zusammenarbeit und zu einer neuen Norm der Solidarität zwischen den Nationen auf. Die „Ziele für eine nachhaltige Entwicklung bis 2030“ erkennen die vernetzte Realität unserer Welt an. Indem sie die zentrale Bedeutung des Friedens für eine Welt frei von Armut und Ungleichheiten hervorheben, fordern sie die Welt auf, eine neue Denkweise in die Praxis umzusetzen. Die Auseinandersetzung mit den oben genannten Themen stellt sicher, dass die einzelnen Nationen Bewältigungsstrategien für die COVID-19-Krise entwerfen können, die niemanden zurücklassen.

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen (GAAA)

Unsere Friedensreferentin Marion Küpker berichtet von den aktuellen Tätigkeiten

Aufgrund des fortgesetzten **Corona-Shutdowns** wurden viele weitere Protest-Termine der 20-wöchigen Aktionspräsenz am Atomwaffenstandort Büchel abgesagt. Stattdessen hatten wir im Kampagnenrat, im



Versöhnungsbund und vielen weiteren Friedensgruppen erfolgreich Video-Konferenzen und tauschten uns darin u.a. über unser weiteres Vorgehen bezüglich der Büchel Atomwaffen-Proteste aus. So soll am 6. Juni anstelle des kirchlichen Aktionstages um 12 Uhr ein 30-minütiges Video mit Dirk Harmsen vom Forum Friedensethik im Netz stehen; Friedens-Ortsgruppen sollen zum 75. Hiroshima-Jahrestag (6. Aug.) eine Lichtprojektion durch die Kampagne angeboten bekommen; auch wird am Hiroshimatag am Bücheler Haupttor eine fraktionsübergreifende Gruppe aus Abgeordneten zusammen kommen. Anfang Juli macht die Ärzteorgnisation IPPNW und die Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen (GAAA) in der Büchel-Region Aktionen und vom 7.-9. August wird unser VB-Mitglied Matthias Engelke mit seiner jährlichen Fastenaktion am Bücheler Haupttor den Nagasaki-Gedenktag begehen. Die Fastenaktion von Matthias beginnt dieses Jahr am 26. Juli in Gau-Algesheim und geht am 28. Juli weiter in Mainz bis zum 7. August. Weitere Infos bekommt Ihr auf der VB-Webseite oder über die Regionalgruppe Mainz von Beate Körsgen. Zudem laufen Gerichtsprozesse in Cochem (siehe unten)!

Die **Ostermärsche Mitte April 2020** fanden zwar statt, aber in ungewohnter Form: die Fenster und Balkone wurden mit Bannern und Friedensfahnen geschmückt und Fotos davon unter dem Hashtag #Ostermarsch2020 in den Sozialen Medien hochgeladen. Auf der Webseite www.ostermarsch.de fand mit über 2000 hochgeladenen Bilder die virtuelle Beteiligung für ein Friedensposter statt. Eine der zentralen Forderungen war und ist der Abzug der Atomwaffen aus Büchel, zumal unser 60. Ostermarsch-Jahrestag damals mit der Forderung „Kampf dem Atomtod“ begann. Die Forderung „Gesundheit statt Rüstung“, sowie „Klimarettung statt Rüstung“ führte in einzelnen

Ostermontag: Hamburg Dammtor, Foto M. Küpker

VB Berichte global

Städten wie Gronau, Jagel, Hamburg oder auch Schwerin zu öffentlichen kleinen Ostermarsch-Aktionen, natürlich unter Einhaltung des Social Distancing-Gebotes.

Am 8. Mai 2020, dem 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, forderte ich vor dem Brandenburger Tor in Berlin den Abzug der Atomwaffen aus Büchel. Deutschland hat eine geschichtliche Verantwortung für Frieden und darin besonders auch für die nukleare Abrüstung, auf die ich hier auch geschichtlich eingegangen bin: *https://youtu.be/XVkwaUsUZg4* ca. 9 min.

Atomwaffen-Prozesse und neue Verfassungsbeschwerden

Am 11. Mai 2020 verurteilte das Amtsgericht Cochem drei FriedensaktivistInnen: Am 15. Juli 2018 drangen 18 Personen der Internationalen Woche der GAAA in den Fliegerhorst Büchel ein, um gegen die dort illegal stationierten ca. 20 Atomwaffen zu protestieren. Eine Amsterdamerin Susan (Catholic Workers), ein in Deutschland lebender US-Amerikaner Dennis (Veterans for Peace), sowie Chris aus Dortmund (Catholic Workers) wurden zu einer Geldstrafe zwischen 150 und 900 Euro verurteilt.

Social Distancing im Gerichtsaal, Foto M. Küpker

Bereits im Januar hatte das Cochemer Amtsgericht vier Mitglieder der Gruppe zu Geldstrafen verurteilt, drei weitere Teilnehmerinnen - darunter **unsere Friedensreferentin Marion Küpker** - werden am **10. Juni** als Nächste vor diesem Gericht stehen. Die Verurteilten planen dagegen in Berufung zu gehen (Gang durch die Gerichtsinstanzen), um die Völkerrechtswidrigkeit dieser Atombomben vom **Bundesverfassungsgericht** geklärt zu bekommen. Bisher nahm sich das BVG dieser Auseinandersetzung drei Mal nicht an, da sie angeblich nicht im Interesse der Öffentlichkeit sei. Aktuell stehen hierzu zwei – seit dem 18. Mai 2020 sind es fünf - neue Verfassungsbeschwerden zur Entscheidung durch das BVG an (u.a. Elu s.Bild).

Elu Iskenius – auch Mitglied im VB (Foto rechts)

Bilder vom Prozess und der Mahnwache, sowie die Prozesserklärungen findet Ihr hier:

https://buechel-atombombenfrei.jimdofree.com/prozesse/

Prozesse im Juni vor dem Amtsgericht Cochem, wo wir uns über ProzeßbeobachterInnen + Beteiligungen an den Mahnwachen sehr freuen, finden an folgenden Tagen statt:

3. Juni 2020** gegen 5 Personen der Gruppe Büchel17, die ein Go-In im Jahr 2019 durchführten. ***8. Juni 2020** gegen das VB-Mitglied Beate Körsgen (Beginn 9:30 Uhr, Mahnwache 8:30 Uhr), die das Versammlungsrecht verletzt haben soll. Links auf dem Foto ist Beate auf dem Bücheler Ostermarsch April 2018 zu sehen.10. Juni 2020**. gegen

Stefanie, Margriet (NL) und mich aufgrund unserer 18-köpfigen Go-In Aktion im Juli 2018. Stefanie sitzt im rechten Bild unten links auf einen der möglichen Atombomben-Hangars mit Susan Crane aus den USA.***24. Juni 2020** Verfahren gegen weitere 10 Personen der Büchel17 Go-In Gruppe.

Die VB-Webseite wird gerade ganz neu überarbeitet, sodass alle laufenden Informationen zur Lobbyarbeit für die Abschaffung von Atomwaffen dort bekannt gegeben werden!

Wut ist ein Geschenk

Für Julia Lang ist dieses Buch von Gandhis Enkel Arun Gandhi ein Geschenk

Dieses Buch zeigte sich für mich als wahres Geschenk in der Vorbereitung meines Workshops, der sich mit Gemeinsamkeiten von Mahatma Gandhi und Marshall Rosenberg beschäftigte. Insgesamt gibt es wenig Literatur, in wie fern genau sich Rosenberg an Gandhi orientiert hat. Aber die Wahl des Namens für seine besondere Kommunikation und Lebenshaltung – nämlich „Gewaltfreie Kommunikation“ lehnt sich an Gandhis Begriff der Gewaltfreiheit an. Für Gandhi und Rosenberg beinhaltet Gewaltfreiheit mehr als die Abwesenheit von Gewalt. Es geht vielmehr um einen aktiven Prozess, um aktive Handlungen und vor allem um eine Haltung. Nach Arun Gandhi war es der Wunsch seines Großvaters, den er Bapuji nennt, „dass die Menschen die Nuancen der Gewaltlosigkeit verstehen lernen, die weit über das Vermeiden physischer Aggressionen hinausreichen“ (Gandhi A., 2017,S. 172). Er nennt fünf Säulen der Gewaltlosigkeit, die ein Fundament sein können auf dem Weg zu dieser Haltung: Respekt, Verständnis, Akzeptanz, Wertschätzung und Mitgefühl.

Er schreibt, dass sein Großvater die Welt mit Liebe berühren wollte und nicht mit Angst. Hier kann man starke Parallelen zu Rosenberg finden, der dafür plädiert, jedem Menschen mit Empathie und Liebe zu begegnen. Beide sehen in der Wut eine besondere Kraft. Arun Gandhi schreibt, dass sein Großvater Vergleiche liebte. So verglich er Wut mit Elektrizität. „Wenn wir klug mit ihr umgehen, wird sie unser Leben bereichert, doch wenn wir sie missbrauchen, können wir sterben … Wir müssen lernen, sie weise und zum Wohl der Menschheit einzusetzen.“ (Gandhi A., 2017,S. 23) Auch Rosenberg sieht in der Wut eine enorme Kraft, die – wenn wir sie nicht wandeln – enormen Schaden anrichten kann. Gleichzeitig ist sie eine starke Energie, die uns helfen kann, ins Handeln zu kommen und uns für unsere Werte, Ziele und Bedürfnisse einzusetzen. Entscheidend bei Rosenberg ist, dass er – wie bei allen anderen Gefühlen auch – zwischen Auslöser und Ursache entscheidet. Die Ursache von Ärger liegt nach ihm in unserem Denken: in Gedankenmustern von Schuld und Verurteilung. Rosenberg sagt: Wut zeigt mir zwei Dinge: Eines oder mehrere meiner Bedürfnisse sind nicht erfüllt, und ich gebe jemand anderem die Schuld dafür. Das heißt, wann auch immer wir Ärger oder Wut spüren, gibt es in uns Urteile über andere. Wenn wir die anderen jedoch mit unseren Urteilen konfrontieren, werden sie in den seltensten Fällen bereit sein, uns und unsere Bedürfnisse wirklich zu hören. Der Weg, den Rosenberg vorschlägt, umfasst vier Schritte, von denen die ersten in uns selbst stattfinden.

1. Innehalten. Atmen.
2. Unsere verurteilenden Gedanken identifizieren.
3. Kontakt mit unseren Gefühlen und Bedürfnissen aufnehmen.
4. Unsere Gefühle und unerfüllten Bedürfnisse aussprechen.“ (Rosenberg M., 2004,S. 170)

Statt dem anderen „vor den Latz zu knallen“, was er oder sie falsch macht, geht es hier darum, den Fokus auf das zu lenken, was wir brauchen. Wenn wir uns mit unseren Gefühlen und Bedürfnissen wahrnehmen, können wir die Menschlichkeit in uns erkennen. In diesem Sinne kann Ärger als Weckruf dienen, der sagt: Kümmere dich um deine unerfüllten Bedürfnisse und setze dich für eine Veränderung ein!

Genauso ist das eine Chance, mit wütenden Menschen umzugehen. Statt sie zu verurteilen, können wir versuchen, unseren Fokus auf den Schmerz ihrer unerfüllten Bedürfnisse zu lenken. Der Wut empathisch zu begegnen birgt die Chance, wirklich in Verbindung zu kommen. Arun Gandhi schreibt dazu: „Es ist ungewöhnlich, dass zornige Menschen ihre Ansicht ändern. ... Bapuji jedoch hat ihnen zugehört und Verständnis gezeigt, und nur deshalb ist es ihm gelungen, den Zorn der Textilarbeiter aufzulösen. Damit verhalf er ihnen zu einer neuen Perspektive. Er lehrte sie, Bedürfnisse zu sehen, die nicht ihre eigenen waren.“ (Gandhi A., 2017,S. 177)

In der Beschäftigung mit diesen beiden Menschen und ihrem Umgang mit dem Thema Wut habe ich meine Sehnsucht nach und auch Hoffnung auf Frieden tief gespürt. Diese beiden Menschen zeigen uns konkrete Schritte, wie wir durch unsere Haltung etwas verändern können. Lasst uns auch die Welt mit Liebe berühren!

Gandhi, A. : Wut ist ein Geschenk. Das Vermächtnis meines Großvaters Mahatma Gandhi. Dumont Verlag 2017

Rosenberg, M.: Gewaltfreie Kommunikation. Eine Sprache des Lebens. Junfermann Verlag, 2004

Einladung zur Mitgliederversammlung 19.09.2020 in Kassel 11:00-16:30

Liebe Versöhnungsbundmitglieder,
zu unserer Mitgliederversammlung 2020 im Anthroposophischen-Zentrum Wilhelmshöher Allee 261, 34131 Kassel lade ich Euch im Namen des Vorstandes herzlich ein.

Tagesordnung

1. Begrüßung durch die Vorsitzende
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Festlegung der Tagesordnung
4. Bestellung einer Wahlkommission
5. Berichte
6. Finanzbericht 2019
7. Bericht Kassenprüfung
8. Entlastung des Vorstands
9. Vorstellung des Haushaltsplanes 2020
10. Wahl der Kassenprüfer*innen 2020
11. Vorstellung vorliegender Anträge
12. Antrag auf Beitragserhöhung
13. Vorstellung der Vorstandskandidatinnen und Rückfragen
14. Wahl des Vorstands/ Präsidenten, Vorsitz, Vorstand
15. Anträge
16. Verabschiedung des Haushaltsplanes
17. Verschiedenes

Antrag auf Beitragserhöhung

Es wird beantragt, den regulären Jahresbeitrag auf 90€/120€ zu erhöhen.
Der ermäßigte Beitrag wird auf 60€ erhöht.

Begründung:
Die Kosten der Vereinsarbeit, die überwiegend aus Gehaltskosten und der Miete/Betriebskosten der Geschäftsstelle bestehen, sollten überwiegend durch Mitgliederbeiträge gedeckt sein. Mitgliedsbeiträge bilden eine planbare Größe im Haushalt, während Spenden im Vergleich über mehrere Jahre starken Schwankungen unterliegen. Das gilt umso mehr für Erbschaften.
Eine Erhöhung der planbaren Einnahmen dient damit der Sicherung der Arbeitsplätze in der Geschäftsstelle, und damit einer kontinuierlichen, qualitativ hochwertigen Vereinsarbeit.
Das strukturelle Defizit wird reduziert.

Mitgliedern, denen es finanziell nicht möglich ist, den Beitrag aufzubringen, können auf Anfrage wie bisher auch ganz von Beitragszahlungen befreit werden.

Wir bitten darum, Anträge an die Mitgliederversammlung bis zum 15. August in der Geschäftsstelle einzureichen, damit sie rechtzeitig mit den Teilnahmeunterlagen verschickt werden können.

Wie immer suchen wir Kandidat*innen für die anstehenden Wahlen. Bitte überlegt, ob Ihr kandidieren oder jemanden vorschlagen wollt.
Folgende Dokumente stellen wir im Mitgliederbereich unserer Webseite zur Verfügung:

- Finanzbericht
- Jahresrechnung
- Entwurf des Haushaltsplans 2020

Herzliche Grüße
Dr. Annette Nauerth
Vorsitzende

Stellenausschreibung der Leitung der Geschäftsstelle

Hier schon einmal ein Hinweis vorab!
Für die Leitung der Geschäftsstelle in Minden sucht der Versöhnungsbund Bewerberinnen und Bewerber.
Die Stelle soll zum 1. Januar 2021 besetzt werden.
Die Ausschreibung der Stelle wird Anfang Juli auf unserer Homepage veröffentlicht.

Auguste Christine Louise Kirchhoff (1867-1940)

Birgit Ahlborn stellt die frühe Pazifistin Auguste Christine Louise Kirchhoff vor. Die Darstellung ist eine Überarbeitung des Handouts zu einer Veranstaltung zum Weltfrauentag am 8. März 2019 in der VHS im Kreis Herford. Auguste C. L. Kirchhoff wurde dort von Ella Kraft vorgestellt.

Als Gesangslehrerin und Konzertsängerin gab sie Musikunterricht und Konzerte. Sie war 1905 Mitbegründerin der Bremer Gruppe des Vereins für Frauenstimmrecht, im selben Jahr gründete sie den Verein Mütter- und Säuglingsheim sowie den Bund für Mutterschutz und Sexualreform. Sie eröffnete drei Häuser für ledige Mütter und Kinder, prangerte Prostitution und Doppelmoral an, trat ein für Mutterschutz und Sexualreform, gegen Krieg und Antisemitismus. 1919 gründete sie die Bremer Ortsgruppe der Internationalen Frauenliga für Frieden, IFFF, und organisierte 1922 den IFFF-Jahreskongress in Bremen. Sie engagierte sich für die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung, die Aussöhnung mit Polen, Dänemark und Frankreich, solidarisierte sich mit den jüdischen MitbürgerInnen, forderte die Gleichwertigkeit der Frau in der Gesellschaft.

Auguste Christine Louise Kirchhoff, geb. Zimmermann wurde am 23. 06. 1867 in Asbach im Rheinland geboren. Sie besuchte die Höhere Töchterschule und hatte, bis sie diese mit 17 Jahren verließ, recht anspruchsvollen Unterricht in Deutsch, Französisch, Englisch, Geschichte, Geographie, Physik, Naturgeschichte, Mathematik, Zeichnen, Singen und Turnen sowie Pädagogik. In ihrem Elternhaus wurde ihr die Unabhängigkeit von gesellschaftlichen Konventionen und Vorurteilen vermittelt.

1888 heiratete sie den Bremer Rechtsanwalt und Notar Dr. Heinrich Kirchhoff und zog mit ihm nach Bremen. Sie hat drei Töchter und zwei Söhne geboren. Sie gab Musikunterricht, führte ein gastliches Haus und unterstützte die Karriere ihres Mannes bis zu seiner Wahl zum Senator 1907. Mit Interesse hat sie das Zeitgeschehen durch die Zeitschrift „Die Gesellschaft“ verfolgt. Sie prangerte die Prostitution an, die ein staatlich konzessioniertes Gewerbe mit Menschen darstellte und damit die Frau zur Ware herabwürdigte. Es gab kein „gleiches Recht“ für alle, sondern eine Doppelmoral für Mann und Frau, die dem körperlich und wirtschaftlich schwächeren Teil die moralische und häufig genug auch die finanzielle Verantwortung aufbürdete, die Frau ächtete und dem Mann stillschweigend alles erlaubte. Mit anderen Frauen gründete sie 1915 den „Hausfrauenverein Bremen“, der die Überwachung der Lebensmittel-

preise zum Schutz gegen Wucher und Schwarzmarkt forderte. Sie nahm an nationalen und internationalen Kongressen für das Frauenstimmrecht teil und begegnete dabei u. a. Jane Addams. Mit Helene Stöcker war sie befreundet, in deren Zeitschrift „Die neue Generation“ sie mehrere Aufsätze veröffentlichte.

Als der 1. Weltkrieg 1914 ausbrach, hat sie an Versammlungen und Kongressen gegen den Krieg teilgenommen und eine Fülle von Aufsätzen und Artikeln in Zeitschriften und Zeitungen veröffentlicht. Sie bezog Stellung gegen den Krieg, gegen Giftgas, Antisemitismus, Völkermord und setzte sich für die Erziehung zur Friedfertigkeit ein. Sie schrieb, dass wir uns doch die Frage stellen müssten, ob nicht die Selbstverständlichkeit, mit der man im Spiel dem Kind den Krieg als etwas Gegebenes nahe bringt, vielleicht auch zu der Schuld gehört, vor der wir nicht länger die Augen schließen dürfen. Es müssten andere Werte selbstverständlich werden, mit denen die Jugend aufwächst. Das kann aber nicht das Elternhaus allein, das muss auch die Gesellschaft leisten. Wir müssen einen neuen Geist in unseren Kindern wecken. Ziel der Erziehung ist Freiheit und Verantwortungsgefühl, gerade, aufrechte Persönlichkeiten, die selbst denken. Sie nahm 1915 am internationalen Frauen-Friedenskongress in Den Haag teil und gehörte zu den führenden Vertreterinnen der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“, kurz IFFF genannt. Sie nahm an den internationalen Kongressen der Liga in Zürich (1919), Wien (1921) und Den Haag (1922) teil. In Berlin gab Minna Cauer die „Zeitschrift für

Mutige Schwestern, VB intern

Frauenstimmrecht – Das Organ für die staatsbürgerliche Bildung der Frau“ heraus. Darin veröffentlichte sie am 1. August 1914 einen Artikel über die Frauenwahlrechtsdebatte im Bremer Parlament. Hier Auszüge daraus: „Wahlrechtsdebatten sind stets lehrreich für die um ihre Rechte kämpfenden Frauen. Sie eröffnen Einblicke und Ausblicke. Frauen sollten sie genau verfolgen, um sich ein richtiges Urteil über den Stand der Dinge zu bilden. Sicher ist eins: So viel wie in den letzten beiden Monaten ist das oft belachte, verspottete und gefürchtete Wort „Frauenstimmrecht“ wohl kaum je an maßgebender Stelle unseres kleinen Freistaates erklungen.“ Den Wahlrechtsverhandlungen in der Bürgerschaft, dem bremischen Parlament, vom 20. Mai 1914 lag ein sozialdemokratischer Antrag zu Grunde auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes nach dem Verhältniswahlsystem für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen. Begründet wurde die hier besonders interessierende Forderung des Frauenwahlrechtes damit, dass auch die Frauen für den Staat Werte schaffen, dass durch die veränderte Produktionsweise Millionen von Frauen ins Erwerbsleben hinausgetrieben sind, die durch ihr Wirken in der Öffentlichkeit, wo sie den gleichen Bedingungen unterstehen wie der männliche Arbeiter, auch ein Interesse an der Gestaltung dieser Öffentlichkeit und ein Recht zur Mitarbeit an Gesetzen und Arbeitsbedingungen haben. Das Geburtsjahr der Frauenstimmrechtsidee in Deutschland war das Revolutionsjahr 1848. In den Jahren der Reaktion aber sank sie in einen tiefen Dornröschenschlummer, aus dem erst Hedwig Dohm sie in ihrem 1870 erschienen Werk: „Der Frauen Natur und Recht“ wieder erweckte. Im Jahr 1871 wurden von den Sozialisten die ersten Frauenversammlungen in Leipzig und Chemnitz abgehalten, und im Anschluss daran bildeten sich die ersten politischen Frauenorganisationen. In ihrem Artikel in der Zeitschrift für Frauenstimmrecht verteidigte sie den § 3 der Satzung im Verband für Frauenstimmrecht, der lautete: Absatz 1. „Der Verband steht nicht auf dem Boden einer bestimmten politischen Partei oder einer bestimmten Richtung der Frauenbewegung“ Absatz 2. „Der Verband erstrebt das allgemeine, gleiche, geheime und direkte aktive, sowie das passive Wahlrecht für die Frauen zu den gesetzgebenden Körperschaften und den Organen der Selbstverwaltung.“

Ihr Ehemann und Lebenspartner Heinrich unterstützte sie mit seiner Liebe in all ihrem Engagement. Als er 1929 starb und als 1933 die Vereine, in denen Auguste C. L. Kirchhoff tätig war, von der NS aufgelöst wurden, erlebte sie einen seelischen und körperlichen Zusammenbruch, der einen Verfall ihrer Kräfte nach sich zog.

Sonder-Spendenaufruf zu Kongo-Projekt

Bis vor einigen Jahren gab es bei den Jahrestreffen des Versöhnungsbundes eine Afrika-Kommission, bei der Heinz Rothenpieler von seinen Kongo-Projekten erzählt hat.

Dieses Jahr fehlen erhebliche Eigenmittel, damit die Finanzierung durch das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung genehmigt wird.

Es geht stichwortartig um:

- Bäume pflanzen
- Abholzung stoppen, Brandstiftung verhindern
- Jugendliche Baumschützer/innen ausbilden
- Waldnutzung (Holz, Heilpflanzen, Waldfrüchte, Bienenhonig)

Wir haben uns das so vorgestellt: Möglichst viele Menschen spenden einen kleinen Betrag und durch dieses Crowdfunding kommt genug zusammen, damit die Projekte weiter laufen können. Nähere Informationen findet Ihr auf https://l-h-l.de

Spendenkonto: Lernen Helfen Leben e.V.

DE70 2806 4179 0135 8758 03

Stichwort: Forstprojekte Kongo.

Bei Spenden bis 200,- EURO reicht der Kontoauszug für die Einkommensteuererklärung. Bei höheren Spenden schreibt bitte an Heinz Rothenpieler *https://l-h-l.de/de/contact* mit Angabe Eurer Adresse.

Falls Ihr Informationen erhalten möchtet, wie es mit dem Projekt weiter geht, schreibt bitte an: *j.weimer@posteo.de*.

Liebe Grüße

Barbara Rodi und Jörg Weimer

Baumschule mit Pinus in Mushenyi

Ullrich Hahn: Vom Lassen der Gewalt
Thesen, Texte, Theorien zu Gewaltfreiem Handeln heute.

herausgegeben von Annette und Thomas Nauerth, edition pace 10, 2020:

„Meine wichtigste Vorarbeit war, die eigenen Gedanken zu ordnen.“ So beginnt Ullrich Hahn vor bald 20 Jahren ein Referat vor Mitgliedern des Versöhnungsbundes. Seit 10 Jahren ist er der Präsident des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes. Zu seinem 70. Geburtstag haben Annette Nauerth und Thomas Nauerth eine Sammlung von Vorträgen und Artikeln Ullrich Hahns herausgegeben, die sie ihrerseits acht thematischen Kapiteln zugeordnet haben. Von jedem der über fünfzig Beiträge ist zu sagen, dass sich die Ordnung der Gedanken in deren klarer, verständlicher Darlegung widerspiegelt. Es geht Hahn erkennbar nicht darum, durch Neuigkeiten intellektuell zu glänzen, sondern Menschen auf einen Weg einzuladen oder auf ihrem Weg zu bestärken, dessen Richtigkeit den Menschen einleuchtet, die – wie

Gandhi – bereit sind, ihr „Experiment mit der Wahrheit“ zu leben.

Wie Hahn seinerseits dieses Experiment gelebt hat und bis heute lebt, ist durch die jeweilige Angabe von Ort, Zeit und Adressat der jeweiligen Beiträge nachzuvollziehen, besonders aber durch deren Rahmung durch eine autobiographische Erinnerung und einen biographischen Rückblick seines Freundes aus Studentenzeiten Egon Spiegel.

Ullrich Hahn weiß um die vier Dimensionen gewaltfreien Lebens und Handelns: „Es geht darum, kein Unrecht zu tun, mit dem Unrecht nicht zusammen zu arbeiten, dem Unrecht Widerstand entgegen zu setzen und Formen gerechten Lebens zu entwickeln. Dabei geht es nicht um Perfektion, aber wo wir uns um eine dieser Dimensionen nicht bemühen, hat uns die Gewalt gleich wieder eingeholt.“ (S.55f) Nicht jede seiner Konkretionen, z.B. die Nichtbeteiligung an Wahlen oberhalb der kommunalen Ebene, wird allgemeine Zustimmung finden, aber niemand kann bestreiten, dass er konsequent (vor)lebt, was sich für ihn aus Grundsätzen wie dem folgenden ergibt: „Dass Menschen anderen Menschen Gewalt antun, ist schlimm genug. Noch schlimmer ist jedoch, solche Gewalttat zu legitimieren, als Recht darzustellen, mit der Folge, dass die Gewalttat guten Gewissens geschehen kann.“ (S.69)

Als die Friedensdenkschrift der EKD „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ 2007 überwiegend als fortschrittlicher Paradigmenwechsel begrüßt wird, stellt sich Ullrich Hahn entschlossen auf die Seite der Kritiker. Das Recht des Stärkeren soll durch die Stärke des Rechts ersetzt werden? Solange das Recht aber zu seiner Durchsetzung der Gewalt bedarf, muss diese stärker sein als die des Gegners, um das Recht durchsetzen zu können. Hahn durchschaut den Schwindel: „Wo sich aber der `Gerechte´ durch Gewalt durchsetzt, flieht das Recht aus dem Lager des Siegers.“ (S.107) Und wo die Methoden der gewaltfreien Konfliktlösungen nur Vorrang vor den militärischen haben sollen, diese aber nicht ersetzen, werden die zu nachrangig erklärten Mittel spätestens bei der Zuteilung der finanziellen Ressourcen wieder zu den vorrangigen. Und erstaunlich: der unbefangene Bibelleser Ullrich Hahn erklärt den theologischen Verfassern der Denkschrift, dass der Satz „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“ (Matthäus 22, 21) eben nicht „ein harmloses Neben- und Miteinander von Staats- und Gottesdienst“, sondern einen „Widerspruch“ beinhaltet. (S.105) Hoffnungsvoller, wenn auch ohne Illusionen nimmt Ullrich Hahn den Beschluss der Badischen Landeskirche (2013) auf, sich auf den Weg zu einer „Kirche des Friedens“ zu machen.

Mit besonderem Gewinn habe ich als Nicht-Jurist die Beiträge Ullrich Hahns zum Recht gelesen. „Das Recht wirkt nicht über Zwang, sondern über Einsicht.“ (S.154) „Strafe muss nicht sein... Sie heilt nicht die Wunde, die zuvor geschlagen wurde, sondern schlägt eine neue Wunde.

Strafe ist ein Übel.“ „Strafe erschreckt zwar alle, die sie trifft, (…) aber sie schreckt nicht ab.“ „Strafen bessern nicht.“ (S.230) Das sind Sätze, die hängen bleiben.

Das Buch sollte man nicht wie einen Krimi in einem Zug lesen, sondern immer wieder zur Hand nehmen. Die Wiederholungen eines Gedankengangs werden sich dabei, wie die Herausgeber*in zu Recht anmerken, als „eines der Geheimnisse des Lernens“ erweisen. (S.9)

Wenn es darum ginge, ein Zitat auszuwählen, um es als Lehre und Lebenszeugnis des Ullrich Hahn zu tradieren - wie in dem jüdischen Traktat Pirke Aboth „Sprüche der Väter“ -, so würde ich dem Titel des Buches entsprechend das folgende wählen: „Das Lassen macht uns nicht nur gelassen; es ist auch oftmals effektiver als das Tun. Ich kann vieles gleichzeitig lassen, sogar Tag und Nacht, aber nur wenige Dinge tun. Das Lassen ist wie ein Ausatmen; es gibt Gelassenheit für das notwendige Tun.“ (S.135)

Der zehnte Band der Reihe edition pace ist gleichzeitig eine Empfehlung für die bisher in dieser Reihe erschienenen Bände, auf die sich Hinweise am Ende finden.

Johannes Weissinger, Dortmund

Vorsitzender der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Westfalen der EAK (Evangelische Arbeitsgemeinschaft Kriegsdienstverweigerung und Frieden)

Internationales semi-virtuelles IFOR-Jugendtreffen 25.-27. September 2020

- Sie setzen sich in Ihrer Gemeinde oder Ihrem Land für Frieden und Gewaltlosigkeit ein?
- Sie sind ein junges Mitglied oder Mitglied des International Fellowship for Reconciliation?
- Sie möchten mit jungen Friedensaktivisten aus der ganzen Welt in Kontakt treten, um sich kennenzulernen, zu teilen und zu inspirieren?
- Dann werden Sie Teil unseres ersten einzigartigen halbvirtuellen, internationalen Treffens von IFOR-Jugendlichen im September 2020!

Zuallererst, wer sind WIR?

Wir sind junge (zwischen 15 und 25 Jahre alte) Aktivisten aus der deutschen IFOR-Niederlassung, die sich engagieren und mehr über unsere Aktivistenkollegen auf der ganzen Welt erfahren möchten.

Halbvirtuell?

Wir wollen uns lokal treffen und global verbinden. Treffen Sie sich also am Wochenende vom 25. bis 27. September 2020 mit jungen Aktivisten Ihrer Gemeinde, Ihres Landes oder Ihrer Region. Natürlich sind Sie auch herzlich zu unserem Treffen in Deutschland eingeladen! Die Idee der virtuellen Kommunikation entstand aus unserer Vision, die ökologischen Folgen und die Kosten der Reise für alle Beteiligten so gering wie möglich zu halten.

Gegen Ende des Wochenendes werden wir eine große gemeinsame Aktion durchführen, bei der wir mit jedem online teilen, was wir tun und was uns bewegt.

Gemeinsam organisiert?

Sie haben Ideen für Themen, Aktivitäten, lustige Dinge, ...? Gute Nachrichten! Die Organisation befindet sich noch im Aufbau und lebt von kreativen Beiträgen aller, die Teil des Wochenendes werden möchten. Darüber hinaus muss überall dort, wo wir uns treffen, das Wochenende organisiert werden (Ort, Essen usw.), damit jeder die Möglichkeit hat, sich an diesem gemeinsamen Projekt zu beteiligen.

Klingt nach einem interessanten Plan? Sie möchten mehr wissen, Ihre Gedanken teilen oder direkt an der Versammlung arbeiten?

Wir freuen uns über Ihre Mails per:
jugend@versoehnungsbund.de

Weitersagen!

Sie kennen andere junge Aktivisten, die an einer Teilnahme interessiert sein könnten?

Bitte teilen Sie diese Einladung mit ihnen!

Sie sind ein „erwachsenes“ IFOR-Mitglied und möchten junge Aktivisten unterstützen, indem Sie bei der Organisation des Treffens helfen (Ideen, Orga usw.)?

Wir freuen uns über Ihre Mails!

Dauergebet in Büchel

Die 11. Internationale Fastenaktion für den Abzug der Atomwaffen der Vereinigten Staaten von Amerika aus Deutschland und eine atomwaffenfreie Welt wird auch wieder eine ÖFFENTLICHE sein, wie in den letzten Jahren. Die Stationen werden sein: Sonntag, den 26. Juli bis Dienstag, den 28. Juli: Marktplatz in Gau-Algesheim; Dienstag, den 28. Juli bis Freitag, den 7. August: Marktplatz und Schillerplatz in Mainz und Freitag, den 7. August bis Sonntag, den 9. August am Haupttor zum Atomwaffenlager Büchel. Vom 26.7.-7. August finden täglich Andachten/Gedenkfeiern statt, jeweils um 8.15 Uhr 20.15 Uhr, beginnend am 26.7. um 20.15 Uhr und Schweigekreise jeweils um 18 Uhr. Am 8. August um 11.02 Uhr beginnt das diesjährige 24-stündige Dauergebet. Wer möchte sich daran beteiligen? Ein Grußwort, eine Andacht oder auch ein Gottesdienst ob konventionell oder experimentell: Ihr seid herzlich willkommen!

Bitte anmelden bei: Matthias-W. Engelke
unter *distelwenk@gmail.com*

Herbsttagung 27.-29. November 2020

Unter dem Titel **„Wenn sie sagen »Friede & Sicherheit« Die innere Logik des Friedens“** findet in diesem Jahr in bewährter Kooperation mit Quäkern und dem mennonitischen Friedenskomittee wieder eine Herbsttagung statt. Der Termin ist vom 27.- 29. November 2020. Es geht, angestoßen vom Szenario „Sicherheit neu denken“, um die Fragen, wie der Weg des Friedens auch das Bedürfnis nach Sicherheit berücksichtigen kann, wie die Spannung zwischen Frieden und Sicherheit zu überbrücken ist, und auch wie mit der Spannung zwischen dem Bedürfnis der Staaten nach Macht und unserem Bedürfnis nach Versöhnung und Frieden umzugehen ist. Unter der Fragestellung „Kann man Frieden und Sicherheit anarchistisch denken? wird am Freitagabend u.a. Ullrich Hahn einige Thesen vorstellen.

Anmeldung:
per E-Mail oder Post bis 15.10. an:
DMFK z.H. Brigitta Albrecht
Hauptstr. 1, 69245 Bammental
Tel: 06223 / 5140
Email: *brigitta.a@dmfk.de*

Tagung 2020: „We shall overcome!“ Samstag, 17. Oktober 2020, in Gammertingen

Samstag, 17. Oktober 2020, 10:00 bis 18:30 Uhr Tagung

20.00 Uhr: „Von Wegen“ - Konzert mit dem schwäbischen Liedermacher Thomas Felder

Sonntag, 18. Oktober 2020: Wanderung auf der Schwäbischen Alb

Eine Teilnahme ist sowohl an allen Veranstaltungsangeboten möglich – Tagung, Abendveranstaltung, Wanderung –, als auch nur an einzelnen.

Wir freuen uns sehr, dass wir mit Thomas Felder, Renate Wanie und Hans-Hartwig Lützow drei seit Jahrzehnten engagierte Menschen gewinnen konnten, die anhand ihrer persönlichen Lebensgeschichte auf Fragen eingehen werden wie etwa:

Wodurch bist Du zu Deinem Engagement gekommen? Welche konkreten Erfahrungen hast Du dabei gemacht? Gibt es Erlebnisse bzw. Ereignisse, die Du als Niederlagen und Erfolge erlebt hast? Wie hast Du Höhen und Tiefen verarbeitet? Woraus schöpfst Du Lebensmut für Dein langfristiges Engagement? Hast Du Visionen? Welche Perspektiven siehst Du in einer gewaltbereiten, ungerechten, zerstörerischen Welt?

Zu dieser bereits achten Tagung „‘We shall overcome!‘ Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht“ sind Menschen eingeladen, die sich ermutigen lassen wollen in ihrem eigenen Engagement für eine gerechtere, friedvollere und zukunftsfähige Welt. Unter anderem wird nach den Vorträgen Gelegenheit zum Austausch sein.

Am Sonntag, 18.10.2020, bietet eine Wanderung auf der Schwäbischen Alb die Möglichkeit, in Bewegung und in Gemeinschaft mit anderen das am Vortag Gehörte und Erlebte sich setzen zu lassen oder auch Gedanken darüber mit anderen auszutauschen.

➔ Ausführliches Programm: *https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/013039.html*

➔ Konzert mit Thomas Felder: *https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/013041.html*

Verfrühter Todes-Sieg

Wen wollt ihr töten, Waffennarren?
Den Feind, den niemals ihr gekannt,
den andre euch zum Feind bestimmt –
wie andre euch als Feind für ihn?
Aus Angst, er könnte euch,
missbraucht wie ihr, voraussein?
So gilt dem Tod der Kampf.
Doch tötet nie ihr je den Tod.
Ach Narren, ist denn des Feindes Tod
nicht nur verfrühter Todes-Sieg?
afu, Nov. 2019

Foto dpa – ga 19-11-08